



**Ansprache von**  
**Bundesrätin Micheline Calmy-Rey**  
**Vorsteherin des Eidgenössischen Departements für**  
**auswärtige Angelegenheiten**

**Anlässlich dem**  
**Nationalen Tag der 8 Millenniums**  
**Entwicklungsziele**

**Basel,**  
**28. November 2009**

***Es gilt das gesprochene Wort!***

Sehr geehrter Herr Regierungspräsident

Sehr geehrte Damen und Herren

Ich danke den Organisatoren des Centre for the Millennium Development Goals herzlich für die Einladung zum 2. Nationalen Tag der Millenniumsentwicklungsziele.

Armut bestimmt das Leben von Millionen von Menschen.

Die Zahl der Hungernden hat in den letzten zwei Jahren um rund 200 Millionen auf über eine Milliarde Menschen zugenommen. Dies entspricht der Bevölkerungszahl von Deutschland, Frankreich und Italien. Heute leben 1,4 Milliarden Menschen mit weniger als einem Dollar pro Tag.

Die Bekämpfung der Armut und die Förderung von Chancen und Möglichkeiten ist eine ethische Aufgabe. Jeder Staat hat eine Fürsorgepflicht. Nach dem Solidaritätsprinzip ist die internationale Staatengemeinschaft dann gefordert, wenn arme Länder mit Entwicklungsproblemen überfordert sind.

Die Schweiz hat ethische, politische und wirtschaftliche Interessen, um in die Armutsreduktion zu investieren und zur Bewältigung weiterer globaler Herausforderungen beizutragen. Vor allem auch, weil ärmere Länder von den Auswirkungen globaler Probleme stark betroffen sind. Sie sind weniger in der Lage, mit eigenen Anstrengungen die negativen Auswirkungen zu mindern.

Viele stellen sich die Frage, ob die Politik überhaupt viel ausrichten könne. Meine Antwort gleich vorweg: Die Politik ist nicht allmächtig. Sie ist aber auch nicht ohnmächtig. Sie kann einiges bewegen, wenn sie informiert über Schwerpunkte und Mitteleinsatz entscheidet.

In der Öffentlichkeit gibt es seit einiger Zeit Kritik an der Entwicklungszusammenarbeit. Der Nutzen wird in Frage gestellt. Kritiker wetteifern um pauschalisierende Bankrotterklärungen. Wer dann die Entwicklungspolitik und -zusammenarbeit weiterhin verteidigt, gilt als "Ignorant", der aus der Geschichte nichts gelernt hat. Vorschläge werden laut, die Politik solle zurückstehen und den Marktkräften allein die wirtschaftliche und soziale Entwicklung armer Länder überlassen. Dabei wird eine wichtige Tatsache ausgeblendet:

Alle wohlhabenden Länder verfügen über rechtliche Grundlagen und gesellschaftliche Institutionen, auf welche sich die Privatwirtschaft abstützen kann, um erfolgreich zu handeln.

In vielen Entwicklungsländern müssen diese Institutionen erst aufgebaut oder modernisiert werden. Dazu ist finanzielle und technische Unterstützung von Aussen nötig.

Entwicklung verläuft selten linear. Mehr als eine Milliarde Menschen leben in so genannten fragilen Staaten. Die Anstrengungen, fragile Staaten zu stabilisieren, können scheitern. Entwicklung braucht einen langen Atem. Realismus und Fairness gilt auch für die Kritik an der Entwicklungszusammenarbeit. Konstruktive Kritik ist wichtig. Es braucht gute Vorschläge, um bessere Lösungen voranzubringen. Absagen an die internationale Zusammenarbeit sind aber verantwortungslos.

Und es gibt Fortschritte in der Entwicklungszusammenarbeit:

- Die Zahl der Hungernden hat zwar absolut zugenommen, aber nicht prozentual im Verhältnis zur gewachsenen Bevölkerung. In den ärmsten Ländern hat sich die Bevölkerung seit 1960 teilweise fast verdreifacht.
- Die Realeinkommen haben sich in Entwicklungsländern beinahe verdoppelt.
- In den ärmsten Ländern hat sich die durchschnittliche Lebenserwartung seit 1960 von 39 Jahren auf 52 Jahre erhöht.
- Die Kindersterblichkeit ist in Südasien zurückgegangen, besonders stark in Südostasien, China, aber auch in Lateinamerika und in den arabischen Staaten.

Meine Damen und Herren

Vor neun Jahren hat sich die internationale Staatengemeinschaft unter der Schirmherrschaft der Vereinten Nationen auf acht Millenniums-Entwicklungsziele geeinigt. Sie sind eine Antwort auf neue Ansätze in der Bekämpfung der Armut: Armut bedeutet nicht nur fehlendes Einkommen. Armut ist ein Mangel an Chancen und Möglichkeiten.

Die acht Entwicklungsziele stehen für einen breiten Konsens, die Lebensbedingungen in Entwicklungsländern zu verbessern und die Armut bis 2015 weltweit zu halbieren. Auf diesem Konsens können und müssen wir weiter bauen.

Wichtige Fortschritte konnten erreicht werden. Heute besuchen mehr Kinder eine Schule als noch vor 9 Jahren. Drei Millionen mehr Kinder können überleben. Zwei Millionen HIV-Infizierte mehr erhalten eine medizinische Behandlung.

Mit den MDGs hat die Politik der Armutsbekämpfung auf der internationalen wie auch nationalen Agenda eine hohe Priorität erhalten.

Die MDGs sind auch für die Schweiz ein Meilenstein. Unsere Entwicklungszusammenarbeit trägt zur Erreichung der MDGs in ausgewählten Schwerpunktländern bei. Sie trägt auch dazu bei, die Rahmenbedingungen entwicklungsförderlich zu gestalten und hilft, gute Regierungsführung, Rechtsstaatlichkeit und Demokratisierung voranzubringen.

Ich möchte ein Beispiel geben:

In der Mongolei engagiert sich die DEZA für verbesserte Lebensbedingungen und Arbeitsmöglichkeiten von Hirten und Minenarbeitern. Sie unterstützt genossenschaftliche Organisationen, um die landwirtschaftlichen Erträge zu erhöhen und Geschäftsideen zu realisieren, die ein lokal organisiertes Spar- und Kleinkreditsystem finanziert.

Damit können die Einkünfte der ländlichen Bevölkerung um rund 20 Prozent gesteigert und neue Einkommen geschaffen werden: Es konnte ein selbsttragendes Wirtschaftsmodell aufgebaut werden, das eine innovative Unternehmenskultur fördert, die Frauen und Männer gleichermaßen begünstigt. Tausende von Hirten, Bauern, Minenarbeitern und Kleinunternehmern konnten ihre Existenzgrundlagen sichern. Die Schweiz konnte damit einen grossen Beitrag zur Erreichung des ersten Millenniumsziels, der Halbierung der Armut, leisten.

Was macht diesen Erfolg möglich? Zentral waren die enge Zusammenarbeit mit der mongolischen Regierung auf nationaler und lokaler Ebene sowie die Förderung der Rechtsstaatlichkeit.

Die Schweiz hat wesentlich dazu beigetragen, die nationale Politik zur Unterstützung der mongolischen Hirten auszuarbeiten und umzusetzen. Die Schweiz unterstützt des Weiteren die mongolische Regierung im Aktionsplan gegen die Wüstenbildung sowie beim neuen Gesetz für Kleinunternehmen im Minensektor und der Legalisierung traditioneller Landrechte.

Das Beispiel zeigt: Armutsreduktion erfordert die Mitgestaltung der politischen, wirtschaftlichen und rechtlichen Rahmenbedingungen. Die Lebensbedingungen können verbessert werden, wenn die Rahmenbedingungen eine gerechtere Verteilung der Ressourcen bewirken.

Meine Damen und Herren

Noch bleiben uns 5 Jahre bis 2015. Trotz vielen Erfolgen ist die MDG-Bilanz heute durchzogen:

- Das Wohlstandsgefälle zwischen armen und reichen Ländern sowie zwischen armen und reichen Bevölkerungsgruppen in den Schwellen- und Entwicklungsländern ist stark gewachsen.
- Die regionalen Unterschiede sind frappant: Während in Asien die Zahl der Armen insgesamt zurückging, genügen die gemachten Fortschritte vieler afrikanischer Staaten nicht, um die Armut auf diesem Kontinent zu reduzieren. Heute leben 30 Prozent der weltweit Ärmsten in Subsahara-Afrika. 1990 waren es noch 19 Prozent.
- Die massiven Auswirkungen der weltweiten Finanz- und Wirtschaftskrise drohen die notwendigen Investitionen in Infrastruktur und soziale Dienstleistungen zu verdrängen.
- Die Klimakrise spielt sich dort ab, wo die soziale Lage heute schon brisant ist. Die grössten Risiken trägt das Subsahara-Afrika, wo eine Veränderung der Regenmenge schnell zu Migration führt.

In Asien kann durch ein Ausfallen des Monsuns die Reisproduktion einbrechen. Zunehmender Wassermangel und Konkurrenz um bebaubares Land könnten in manchen Teilen der Welt Konflikte auslösen.

Es wäre aber sicher falsch, die MDG-Agenda angesichts dieser Herausforderungen für gescheitert zu erklären. Auch wenn die ambitionösen Ziele bis 2015 nicht überall erreicht werden können, behält die Stossrichtung der MDGs ihre Gültigkeit, auch nach 2015.

Der Bundesrat hat im Jahr 2005 einen Zwischenbericht über den Beitrag der Schweiz zur Erreichung der Millenniumsentwicklungsziele präsentiert. Er hat insbesondere beim MDG 8, bei der "globalen Partnerschaft" in fünf Bereichen Handlungsbedarf ausgemacht:

1. Die Kohärenz der Politikbereiche (d.h. Handels-, Umwelt, Landwirtschaftspolitik usw.) in Bezug auf die MDGs ist in der nationalen und internationalen Politik zu verstärken.
2. Die Schweiz ist gefordert, einen angemessenen Beitrag zur Bewältigung der weltweiten Armut und der wachsenden globalen Probleme zu leisten.
3. Die Wirksamkeit der Entwicklungshilfe ist weiter zu verbessern.
4. Die Förderung der Demokratisierung und der Menschenrechte sind zentrale Elemente der Entwicklungs-, Friedens- und Sicherheitspolitik.
5. Angesichts der internationalen Verflechtung sind viele Probleme nicht mehr durch bilaterale Ansätze sondern nur durch multilaterale Zusammenarbeit zu bewältigen.

Der Bundesrat wird im Hinblick auf die UN-Generalversammlung im Herbst 2010 einen zweiten Zwischenbericht erarbeiten und über die erreichten Resultate Rechenschaft geben.

Meine Damen und Herren

Wenn Regierungen die Rechtsstaatlichkeit nicht ausreichend sicherstellen, keine solide Wirtschaftspolitik verfolgen und wenig entwicklungsförderliche Investitionen tätigen, gerät die wirtschaftliche Entwicklung ins Stocken.

Rechtsstaatlichkeit beinhaltet die Sicherheit des Privateigentums, gesicherte Nutzungsrechte, Transparenz und Rechenschaftspflicht im staatlichen Handeln. In vielen Ländern sind diese Rahmenbedingungen der Entwicklung prekär.

Armut zu überwinden und geeignete politische, wirtschaftliche und soziale Rahmenbedingungen zu schaffen, liegt zuerst in der Verantwortung der einzelnen Staaten und Regierungen. Die zunehmenden wechselseitigen Abhängigkeiten der Länder begrenzen aber die Wirkung nationaler Anstrengungen.

Die Entwicklungspolitik hat sich unter den Bedingungen der Globalisierung in kurzer Zeit rasch gewandelt. Folgende globale Risiken rücken in den Vordergrund:

- Instabile internationale Finanzmärkte mit Auswirkungen auf die Entwicklungsperspektiven armer Länder.
- Der Klimawandel, von dem ich bereits gesprochen habe: Noch vor kurzem hat sich die Streitfrage darum gedreht, ob die Herausforderung der weltweiten Armut oder jene der globalen Erwärmung von grösserer Dringlichkeit sei. Die internationale Gemeinschaft hat mittlerweile begriffen, dass ein ungebremsster Klimawandel die Armutsprobleme massiv verschärfen wird.
- Grenzüberschreitende Pandemien erfordern den Aufbau starker Gesundheitssysteme.

Die Liste liesse sich leicht verlängern. Ich möchte zwei Punkte nochmals unterstreichen:

1. Arme Länder sind für die Auswirkungen globaler Risiken besonders anfällig.
2. Kein Land kann diese Risiken allein bewältigen. Sie erfordern eine starke internationale Zusammenarbeit.

In der MDG-Agenda fehlen Ziele, wie die internationale Staatengemeinschaft globale Probleme bewältigen soll. Das gilt auch für Investitionen in Wissenschaft, Technologie und Innovation sowie den Aufbau nationaler Kapazitäten.

Meine Damen und Herren

Die MDG-Agenda ist ein guter Prüfstein dafür, wieweit die internationale Staatengemeinschaft in der Lage ist, gemeinsame Aufgaben zu lösen. Die Anstrengungen – auch finanzielle - zur Bewältigung der Finanz- und Wirtschaftskrise waren diesbezüglich beeindruckend. Bis 2015 bleibt noch viel zu tun:

1. Die Geberländer haben im Jahre 2008 insgesamt knapp 120 Milliarden US-Dollar in die Entwicklungszusammenarbeit investiert. Um die im Rahmen des G8 Gipfels von Gleneagles gemachten Zusagen zu erfüllen, müssten es nächstes Jahr rund 150 Milliarden sein. Die Glaubwürdigkeit der Entwicklungspolitik hängt auch davon ab, ob die Geberländer eingegangene Verpflichtungen einhalten.
2. Die Entwicklungsländer sind gefordert, ihre Reformanstrengungen in verschiedenen Schlüsselbereichen zu verstärken.
3. Die internationale Staatengemeinschaft muss angemessene Beiträge zur Bewältigung der globalen Risiken leisten.

Einige finden, dass die wohlhabende Welt in schwierigen Zeiten den Millenniums-Entwicklungszielen die kalte Schulter zeigen und die den Ärmsten und Armen gemachten Versprechen nicht einlösen könne.

Ich finde, es ist gerade angesichts der Herausforderungen der Globalisierung ratsamer, die Vision von einer Welt ohne Armut und einem Leben in Würde nicht zu verlieren. Unsere Wohlfahrt, Sicherheit, Gesundheit ist mit Entwicklungen ausserhalb unserer Grenzen verknüpft.

Die Schweiz hilft mit, Fortschritte in der MDG-Agenda zu machen: Armut mindern, Leben retten, Krankheiten wie HIV/Aids, Tuberkulose und Malaria bewältigen, Kindern eine Grundausbildung ermöglichen, die Ungleichheiten für Frauen angehen.

Keines dieser Ziele kann durch Hilfe allein erreicht werden. Obwohl die Hilfe zentral bleibt. Keines dieser Ziele kann ohne die Kombination globaler wie auch lokaler Handlungen erreicht werden.

Unsere Antwort ist nicht, den Rücken zu kehren, wenn es schwieriger wird. Sondern die Anstrengungen zu verstärken und eine faire, sichere und nachhaltige Welt für alle zu schaffen.

Ich möchte mich für alle Ihre Anstrengungen ganz herzlich bedanken.